

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948

42 (8.4.1948)

Was kostete der 2. Weltkrieg - und was hätten wir haben können?

Karlsruhe, 7. April. (epd) Eine Trillion Dollar sollen nach einer amerikanischen Statistik die Kosten des Krieges betragen. Man hätte mit dieser Summe jede Familie der Welt mit einer 4-Zimmer-Küche, einer Garage und Auto beschenken können. Es wäre dann immer noch viel übrig geblieben, um jeder Gemeinde mit über 8000 Einwohnern ein modernes Krankenhaus und eine Schule zu bauen.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Karlsruhe, Donnerstag, 8. April 1948
Monatlicher Bezugspreis RM. 2,30
Postbezug RM. 1,60 zuzügl. Zustellgebühr

Vorbilder

Die Revolution für die Einheit der deutschen Länder, für Freiheit und Fortschritt des Volkes konnte auch die Frauen nicht gleichgültig lassen. Zeitgenössische Lithographien zeigen sie auf den Barrikaden in Berlin neben den Männern im Kampf beteiligt. Im dortigen Friedrichshagen ruhen unter den Märzgefallenen auch sechs Frauen. Über die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche berichtete Wilhelm Zimmermann, ein aus dem demokratischen linken gehörendes Mitglied des Parlamentes, daß in der hohen, weißen Kirche unter den oft tausend Zuhörern die deutschen Frauen und Jungfrauen auf der Galerie begeistert den Reden der Männer lauschten. Namentlich hätten ihnen die feurigen Ansprachen von Robert Blum angetan. Aus ärmlichsten Verhältnissen stammend, war er Vizepräsident des Vorparlamentes geworden und von diesem später nach Wien entsandt, wo er die OPA des Reiches gründete. Der weibliche Bildschürfer als das Mütterchen, sah die 19. Jahrhunderts-linger Enttötung, daß sie die Wege der Revolution zum ersten Male mit den Frauen die Entfaltung ihrer Persönlichkeit erweisen sollte.

Unter den Zuhörerinnen, die auch Malvina von Meyenburg, eine der jüngsten von zehn Kindern des preussischen Staatsministers, hatte sie eine kleine Hofe die Maitressenherrschin. Die Degenerlichkeit, Dummheit und die Unfähigkeit der Fürsten kennen gelernt, hat sie die Interessen der Freiheit und der Bildungsmöglichkeiten des Volkes, die sie tiefste sich in die politischen und sozialen Einzelfragen in demokratischem Geist und nahm teil an den Verfassungsverarbeiten, die der Jugend eines 40-Millionenvolkes den obligatorischen Schulunterricht bringen sollte. Mit ihrer reaktionären Familie entzweit, mußte sie schließlich nach England fliehen, wo sich viele Emigranten aus Deutschland und anderen Ländern in der Fremde gefunden hatten. Dort lebte sie im Kreise der Revolutionäre, indem sie die Lebensunterhaltung durch Sprachunterricht und Übersetzungen erwarb. In der Fremde wurde sie von Alexander Herzen, der wegen seiner politischen Schriften aus Rußland nach England geflohen war, als Freundin und Mitarbeiterin gewonnen. In ihren letzten Lebensjahren verband sie auch die Freundschaft mit dem jungen Schriftsteller Romain Rolland, der heute wieder besonders genannt zu werden verdient, wenn wir die Verbundenheit mit Malvina Gandhi, dem indischen Freiheitskämpfer.

Eine noch aktivere revolutionäre Frau um 1848 ist Louise Otto-Peters, die einer bürgerlichen Familie entstammte und 1819 in Meißen geboren wurde. Nach dem Tode ihrer Eltern lernte sie auf einer Erziehungsanstalt in der Nähe von Leipzig die Lage der unteren Arbeiterklassen kennen und widmete von da ab ihre ganze Kraft der Hilfe für die arbeitenden Frauen. In einseitigen Petitionen verlangte sie die Regierung die gleiche Erziehung für die Mädchen des Proletariats und für beide Schichten die Befähigung zum Beruf. Ihr Grundsatz war, daß die Frauen möglichst geeignet gemacht werden sollten, dem Interesse selbst zu verbleiben und gründete eine Arbeiterinnenvereine, Nähervereine, Dienstbotenvereine. Um diese nach Beruf und Arbeit gerichteten Organisationen zu verstehen, muß man sich erinnern, daß vor 100 Jahren die Frau ein Handwerk, eine Dienstleistung, eine Erwerbsgrundlage hatte. In der Zeit der allgemeinen Arbeiterbewegung verdingte die Arbeiterin ihren Lohn aus dem Berufen. Schon 1844 hatte Louise Otto-Peters sich an den von Robert Blum herausgegebenen „Vaterlandsblätter“ beteiligt. 1849 gründete sie selbst die erste Frauenzeitschrift in Deutschland mit dem Motto: „Dem Reich der Freiheit wird ich Bürgerinnen“ als ein Werkzeug der Aufklärung und Sammlung der Frauen zur Gemeinschaftsarbeit. Sie hatte eine Abneigung gegen „substantielle Geisteslosigkeit“ und war davon überzeugt, daß nur die friedliche Demokratisierung des ganzen Volkes, das Ziel sein müsse. Nichts konnte diese bedeutsame warme Frau an ihrer Opfervollen Arbeit hindern, auch nicht das persönliche Schicksal, daß ihr Vater im August 1848 in den Revolutionskämpfen in Baden zu 6 Jahren verurteilt wurde. Das Verbotene vieler Frauen nach dem Schicksal der Revolutionsmänner war ja damals das Leben vieler.

In ihr und Malvina von Meyenburg sind zwei Frauengestalten der achtundvierzig Jahre verkörpert. Beide waren opferwilliger für die gährenden Kräfte ihrer Zeit; Malvina mehr rezeptiv, Louise Otto-Peters, von Jugend an aktiv für die notwendige Erneuerung der Nation. In der Revolution die Befähigung ihrer sozialen und politischen Einstellung. Trotz des Misslingens der Freiheitsbewegung blieb ihr Verantwortungsbewußtsein gegenüber den Frauen und ihrem geliebten Deutschland das gleiche. Was die Verpflichtung für alle Frauen von heute, diesem Vorbild nachzugehen in einer Zeit, die mehr denn je alle aufrufen sollte, ihr Interesse und ihren Gemeinschaftssinn nicht gegen die Männer, sondern für ihre Mitbürgerinnen und neben der Familie für das Volksganze einzusetzen. E. Großwendt



1105 Millionen Dollar zum sofortigen Anlaufen des ERP angeordnet

Washington, 7. April. (Dena) Präsident Truman hat laut Reuters die „Wiederbaubau- und Finanzengesetz“ angewiesen, unverzüglich eine Milliarde 105 Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen, damit der Marshall-Plan voll anlaufen kann. Von diesem Gesamtbetrag sollen eine Milliarde für das Europa-Wiederaufbauprogramm, 50 Millionen für militärische Unterstützung Griechenlands und der Türkei, 50 Millionen für China und 5 Millionen für Ostafrika verwendet werden. Wie Dena-Reuter aus Paris meldet, überhand die Außenminister Großbritanniens und Frankreichs, Bevin und Bidault, dem amerikanischen Außenminister Marshall am 4. April eine gemeinsame Botschaft anlässlich der Annahme des ERP-Gesetzes durch den amerikanischen Kongress, in dem es heißt, die Billigung des Marshall-Planes habe „den freien Völkern der Welt neuen Mut gegeben“. In der Botschaft wird herzliche Anerkennung und Dankbarkeit für den einseitigen Beweis von Staatskunst und das Vertrauen auf Europa zum Ausdruck gebracht, das Amerika durch die Billigung des ERP-Gesetzes zum Ausdruck gebracht hat. Die Botschaft wird dem Einfluß der Großbritanniens soll BBC vom 4. April zufolge zunächst noch keine Lieferungen im Rahmen des europäischen Hilfsprogramms erhalten. Die britische Regierung hat den USA auf Wunsch Angaben über den Einfluß der Großbritanniens zum ersten Monat des ERP unterbreitet. Bevor die Einzelbewilligungen von amerikanischen Kongress verabschiedet sind, sollen die britischen Einkäufe in den Vereinigten Staaten weiter mit den verbliebenen Dollar-Guthaben Großbritanniens finanziert werden.

Russische Zugeständnisse hinsichtlich Österreich

London, 7. April. (AP) Die Außenminister-Stellvertreter für den österreichischen Staatsvertrag konnten am 5. April zu einer Verständigung hinsichtlich der russischen Forderungen auf die österreichische Offenerklärung als Teilabfertigung für die den Sowjets zugesprochenen deutschen Vermögenswerte gelangen. Die Sitzung zeigte, daß alle Beteiligten zu Konzessionen und Kompromissen bereit sind. Beobachter in der britischen Hauptstadt vermuten hinter den unerwarteten sowjetischen Zugeständnissen folgende Beweggründe: 1. seien die sowjetischen Behörden der Auffassung, ein größeres Einfluß auf Österreich ausüben zu können, wenn alle alliierten Truppen Österreich räumen; 2. wüßten die Sowjetregierung den Abzug der Westmächte aus Österreich nicht so gerne, wie die Sowjetregierung; 3. wüßten die Sowjetregierung, daß die Westmächte in Europa zu verlagern; 4. deuteten die sowjetischen Konzessionen vom Gesichtspunkt der internationalen Beziehungen aus betrachtet an, daß die Sowjetregierung einen endgültigen Bruch mit den Westmächten unbedingt vermeiden möchte.

Politische Westzonen-Verschmelzung muß bald erfolgen, sagte Clay

„Entschlossene und ständig bessere Zusammenarbeit“ Frankreichs
Berlin, 7. April. (AP) Frankreich zeige nunmehr eine „entschlossene und sich ständig verbessernde Zusammenarbeit“ hinsichtlich der Verschmelzung seiner Besatzungszone mit den Vereinigten Westzonen, erklärte General Clay in einer Rundfunkansprache zum Tage der Armee am 6. April. Die Sowjetunion dagegen ließe eine „wachsende Opposition“ gegenüber der Verschmelzung erkennen, auch über die Besatzungszone den übrigen Zonen anzuschließen. Fast drei Jahre nach Kriegsende äußerte General Clay, bemühen sich die USA noch immer darum, dem deutschen Volk die Möglichkeit zu geben, sich selbst zu helfen. Diese Aufgabe erweiterter sich mit der Europahilfe auf alle übrigen friedliebenden europäischen Länder. Für die Sicherung des Friedens in Europa und der ganzen Welt sei es unerlässlich, Deutschland wieder unter friedliebende Nation zu machen, gleichwie es für die wirtschaftliche Gesundung der europäischen und aller übrigen Länder unumgänglich sei, daß Deutschland sich wieder selbst ernähren kann. Die wirtschaftliche Vereinigung der beiden Westzonen habe „wahren wirtschaftlichen Nutzen“ für die Bizonen gezeitigt, wenn auch die Produktion noch nicht ausreichte, um den Bedarf an jeglichem Gebiete zu decken. Eine politische Verschmelzung der Westzonen müsse nunmehr bald folgen. Erneut wies General Clay dann darauf hin, daß es nach wie vor die Absicht der USA sei, in ständig steigendem Maße die Deutschen selbst zur wirtschaftlichen Verwaltung der Westzonen heranzuziehen. In dem Maße, in dem die Deutschen ihre eigenen Aufgaben annehmen und verwirklichen, werde sich ihre Lage bessern, bis sie eines Tages sich selbst regieren können. Während die Entmilitarisierung und Demontage in Deutschland beendet sei, verblieben jetzt noch mehr aufzubauende Aufgaben wie die Erziehung und Wiedergutmachung in Deutschland und dem Teil Europa wieder unabhängig werden könnten.

Erleichterung der Einwanderung

Bogota, 7. April. (AP) Der panamerikanische Außenminister, General Revoredo Iglesias, forderte am 6. April auf der panamerikanischen Konferenz in Bogota die Errichtung einer panamerikanischen Einwanderungsbehörde zur Erleichterung der Einwanderung aus Europa. Die europäische Einwanderung solle Hand in Hand gehen mit dem Programm zur Steigerung der Produktion und Handel in den lateinamerikanischen Ländern und den kleineren Staaten der UN. Die USA in der Unterstützung Europas anzuschließen. General Revoredo forderte die Konferenz ferner auf, ihre Arbeit beschleunigt zu beenden, um vor der Eröffnung der amerikanischen Einheit erneut zu bestätigen.

Der britische Luftfahrtminister Arthur Henderson, der in Berlin weilte, erklärte am 6. April auf einer Pressekonferenz, daß die deutsche Bevölkerung in Berlin gegenwärtig Gefahr laufe, der augenblicklichen Situation mehr Bedeutung beizumessen, als es bei näherer Betrachtung der Fall sei. Trotz der letzten Ereignisse glaube er nicht, daß die Sicherheit Berlins bedroht sei. Wie Dena aus London meldet, verabschiedete Bevin vor dem Unterhaus dränge auf eine baldige Untersuchung des Flugzeugunglücks; außerdem erklärte er, die gesamte Verkehrsfrage werde gegenwärtig mit den Sowjetbehörden besprochen. „Wir können unser Recht auf freien Zugang von und zu unserer Besatzungszone nicht aufgeben. Dies ist für die Aufrechterhaltung unserer Besatzung und für die Erfüllung unserer Verpflichtungen als Besatzungsmacht notwendig.“ Bevin äußerte weiter zur Mäßigung bei der Ausübung von Ansichten auf.

„Ein Grundstein aller Freiheiten ist die Informationsfreiheit“

Genf, 7. April. (Dena-Reuter) Der Hauptauschuß der UN-Konferenz für Presse- und Informationsfreiheit billigte auf seiner Sitzung am 2. April eine amerikanische Resolution, wonach Informationsfreiheit ein fundamentales Recht der Völker und Grundstein aller Freiheiten, die dem UN-Konventionen gebühren, ist, ohne welche der Weltfrieden nicht gewahrt werden kann. Die UN-Konferenz für Informations- und Pressefreiheit nahm am 6. April den ersten Artikel des am gleichen Tage einigten Dokumentes an, in dem die Ermächtigung von Regierungen in den freien Nachrichtenfluß verurteilt wird. Der Artikel fordert: 1. Freiheit des Meinungs- und Nachrichtenaustausches ohne Regierungszensur; 2. Unterbindung der Diskriminierung von Personen durch Staaten auf dem Wege der Überwachung oder der Kontrolle von Nachrichtenmitteln; 3. Freiheit der Nachrichten- und Meinungsbildung; 4. Unterbindung der Zensur und über die Grenzen hinaus ohne Regierungszensur; 5. Gewährung der gleichen Freiheit zur Erlangung von Informationen an andere Staaten, wie sie der Resolution anerkennende Staat seinen eigenen Staatsangehörigen gewährt; 6. Aufforderung und Ermöglichung zum Austausch von Korrespondenten.

Der „kalte Krieg“ am Berlin

Der britische Generalstabchef Feldmarschall Montgomery traf am 6. April auf dem Flughafen Berlin-Gatow ein. Montgomery war am Dienstagabend bei einem Dinner mit Marschall Sokolowski zusammen, dem er als einen „alten Freund“ bezeichnete. Man nimmt nach AP-Meldungen mit Sicherheit an, daß Feldmarschall Montgomery, General Robertson, Marschall Sokolowski und die übrigen Teilnehmer der Konferenz in Berlin zu zwingen, die kürzliche Verschärfung der sowjetischen Verkehrskontrolle und das tragische Flugzeugunglück sprachen, bei dem fünfzehn Personen den Tod fanden. Die außerordentlichen Geheimhaltungsmaßnahmen der Sowjetunion über die Beobachtungen wurden, und das amtliche Still-

Bestimmungen des Vertrages zwischen Finnland und der Sowjetunion

Helinski, 7. April. (Dena-Reuter) Der sowjetisch-finnische Vertrag zum Unterschied von dem Dienstag in Moskau unterzeichneten Vertragsvertrag, wird für Finnland erst nach seiner Ratifizierung durch das finnische Parlament bindend sein. Artikel 1 des Vertrages lautet: Sollten Finnland oder die Sowjetunion seitens Deutschlands oder eines mit ihm verbündeten Staates Ziel eines bewaffneten, gegen finnische Hoheitsgebiete gerichteten Angriffs, in Artikel 3 kommen beide Staaten ihren Verpflichtungen gegenüber der unabhängigen Staat diesen Angriff abzuwehren. In einem solchen Falle wird Finnland alle seine verfügbaren Kräfte einsetzen, um die Integrität seines Hoheitsgebietes zu verteidigen, und zwar innerhalb finnischen Grenzen, gemäß der im Vertrag niedergelegten Verpflichtungen, wenn notwendig mit Unterstützung der Sowjetunion oder gemeinsam mit der Sowjetunion. In den oben angeführten Fällen wird die Sowjetunion Finnland jede notwendige Hilfe leisten, die für die Erfüllung der Verpflichtungen notwendig ist. In Artikel 4 bestätigen Finnland und die Sowjetunion ihre in Artikel 3 des am 10. Februar 1947 in Paris unterzeichneten Friedensvertrages niedergelegte Verpflichtung, keine gegen die andere hohe vertragsschließende Macht gerichtete Allianz oder Koalition einzugehen. In Artikel 5 verpflichten sich beide Staaten zu gemeinsamer Arbeit und Freundschaft bei der Weiterentwicklung und Festigung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern. In Artikel 6 und 7 verpflichten sich Finnland und die Sowjetunion zur Achtung ihrer Souveränität und Unabhängigkeit. Artikel 8 besagt, daß der Vertrag der Ratifizierung durch beide Staaten unterliegt und der Austausch der Ratifikationsurkunden sobald als möglich in Helsinki erfolgen soll. Der Pakt gilt für zehn Jahre und bleibt nach Ablauf dieser Frist für je fünf weitere Jahre in Kraft, falls keine der Signatarmächte ihn ein Jahr vor Ablauf der ersten zehn Jahre bezw. der weiteren fünf, kündigt.

Eine Schlacht in Palästina

Jerusalem, 7. April. (Dena) Um die südlich Halba gelegene jüdische Ansiedlung Mischna Hanezich (Dena-Reuter) am 5. April eine 20stündige Schlacht. Die etwa 1000 angreifenden Araber sollen jüdische Verteidiger der Ortschaft zurückgeschlagen haben und 40 Tote am Rande der Ortschaft (Oberhalb der bayerischen Grenze) der Karlsruher Gegend kommende bewaffnete Gruppe von 18 Männern, 4 Frauen und 4 Kindern auf einem Lastwagen mit Granat, Landmine, Tirschenmunition, die bayerische Grenze, die Hilfe der beiden Uniformierten erlangen sei, zwei Kontrollstellen tschechoslowakischer Grenzorgane zu passieren.

Kriegsdienstverweigerung und Jugendparlament

Stuttgart, 7. April. (Hue. Eigenber.) Vor sechs Monaten stellte das Stuttgarter Jugendparlament an den Bundestag den badischen Landtag den Antrag auf Änderung der Verfassung unter Berücksichtigung eines Artikels über die Kriegsdienstverweigerung. Aus einer am 17. März gefassten Beschlussempfehlung geht hervor, daß, obwohl der Antrag von Friedliebender und der Arbeitsgemeinschaft kriegsgewerkschaftlicher Verbände unterstützt wurde (in Württemberg-Baden 150 000 Mitglieder), die Volkvertretung es nicht für nötig befunden habe, auf die Wünsche eines so großen Teiles der Bevölkerung einzugehen. Um den Abgeordneten des Landtags eine Stellungnahme zu ermöglichen, wurde daher die Sondersetzung anberaumt. Das Jugendparlament hatte alle Verbände und Parteien zur Unterschrift ihres Antrages aufgefordert, die eine Ablehnung des Krieges in ihr Programm aufgenommen haben. Zugestimmt haben die VVN, Quäker, Christlicher Verein Junger Männer, das Evangelische Hilfswerk, Freie Gewerkschaftsjugend, die Naturfreunde und einige andere Organisationen. Abgelehnt haben die Unterschrift die SPD, KPD, CDU und VDP sowie die Katholische Jugend, die Katholische Kirche, Heilsarmee und Gewerkschaftsjugend. Nach den Vertretern einiger dieser Organisationen ergab Landtagspräsident Kai das Wort. Er betonte, daß es im Grundgesetz über die durch die Bundesversammlung gebrachte Haltung sehr erfreut sei und nur wünsche, daß diese Stimmung kein Flugzeug sei. Der Präsident des Jugendparlamentes bat den Landtag, nochmals dem Antrag stattzugeben zu wollen. Er werde das Institut zur Erforschung der öffentlichen Meinung beauftragen, die Volksmeinung zum Antrag zu erkunden, und am 8. Mai, dem Tag der Kapitulation vor dem Landtag demonstrieren, um seinem nachdrücklichen Verlangen auch einen süßen Ausdruck zu geben.

Deutsche Kriegsgefangene in Frankreich

Tübingen, 7. April. P. d'Huart, Generalkonsul von Frankreich in Stuttgart und Tübingen schreibt: Hiermit gebe ich Ihnen die nachstehenden statistischen Informationen über deutsche Kriegsgefangene in Frankreich bekannt. Diese Angaben sind für alle von Interesse, die nicht entsprechend über diese Frage unterrichtet sind. a) Beschleunigung der Rückführung: 181 645 sind in der Zeit vom 14. März bis zum 31. Dezember 1947 rückgeführt worden. Bei der gegenwärtigen Quote von 20-25 000 pro Monat wird die Rückführung der Kriegsgefangenen, die sich nicht entschlossen haben, Arbeiter (in Frankreich) zu werden, im November 1948 abgeschlossen sein. b) Die Anzahl derjenigen, die in Frankreich arbeiten wollen, d. h. Kriegsgefangene, die einen Arbeitsvertrag unterzeichnet haben, der die Freilassung in Frankreich und ein Jahr Arbeitsverpflichtung unter den gleichen Bedingungen wie für französische Arbeiter zur Folge hat, beläuft sich auf 140 061. Von dieser Zahl sind bereits 96 381 als ordentlich eingestellt und für weitere ist die Überführung in ein Arbeitsverhältnis in Bearbeitung. c) Während der genannten Zeit, also vom 14. März bis zum 31. Dez. 1947, betrug die Zahl der Todesfälle 780; dieser Prozentsatz entspricht dem in der gleichen Periode der französischen Bevölkerung, wenn er nicht niedriger ist. d) Während der gleichen Zeit sind 21 138 geflüchtet. e) Am 1. Januar 1948 betrug die Zahl der noch in Gefangenschaft Verbliebenen 301 440.

Der „Selbstmord“ Masaryks war Mord

Wiesbaden, 7. April. (Dena) Der Vorsteher eines hier in Bildung begriffenen tschechischen Nationalkomitees für „Wesdeutschland“, Dr. Jaroslav Zivansky, hat am Dienstag einen Denaturationsbericht über den Selbstmord des Außenministers der tschechoslowakischen Republik, Jan Masaryk, veröffentlicht. Er bespricht die Umstände von Masaryks Tod und untersucht, warum er nicht sein sollte, erfahren zu haben, daß Masaryk nach seiner Ermordung in den Hof des Außenministeriums getragen habe, wo er später aufgefunden wurde. Dr. Zivansky ist der Ansicht, daß der Transport der Leiche in den Hof ohne Anwesenheit von Zeugen möglich gewesen ist. Der Innenhof des bufensförmig gestalteten Außenministeriums ist ein gewöhnlich von Polizisten abgesperrt. Der Leibarzt Masaryks sei zur Untersuchung der Leiche nicht zugelassen worden. Gefühl von einem tschechoslowakischen Generalmajoroberstleutnant und einem Zöllner der tschechoslowakischen Zollbeamten überbrachte am 3. April eine Frau und 4 Kindern auf einem Lastwagen mit Granat, Landmine, Tirschenmunition, die bayerische Grenze, die Hilfe der beiden Uniformierten erlangen sei, zwei Kontrollstellen tschechoslowakischer Grenzorgane zu passieren.

Im Telegrammstil

Washington, 7. April. Präsident Truman hat am 6. April die „Wiederbaubau- und Finanzengesetz“ angewiesen, unverzüglich eine Milliarde 105 Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen, damit der Marshall-Plan voll anlaufen kann. Von diesem Gesamtbetrag sollen eine Milliarde für das Europa-Wiederaufbauprogramm, 50 Millionen für militärische Unterstützung Griechenlands und der Türkei, 50 Millionen für China und 5 Millionen für Ostafrika verwendet werden. Wie Dena-Reuter aus Paris meldet, überhand die Außenminister Großbritanniens und Frankreichs, Bevin und Bidault, dem amerikanischen Außenminister Marshall am 4. April eine gemeinsame Botschaft anlässlich der Annahme des ERP-Gesetzes durch den amerikanischen Kongress, in dem es heißt, die Billigung des Marshall-Planes habe „den freien Völkern der Welt neuen Mut gegeben“. In der Botschaft wird herzliche Anerkennung und Dankbarkeit für den einseitigen Beweis von Staatskunst und das Vertrauen auf Europa zum Ausdruck gebracht, das Amerika durch die Billigung des ERP-Gesetzes zum Ausdruck gebracht hat. Die Botschaft wird dem Einfluß der Großbritanniens soll BBC vom 4. April zufolge zunächst noch keine Lieferungen im Rahmen des europäischen Hilfsprogramms erhalten. Die britische Regierung hat den USA auf Wunsch Angaben über den Einfluß der Großbritanniens zum ersten Monat des ERP unterbreitet. Bevor die Einzelbewilligungen von amerikanischen Kongress verabschiedet sind, sollen die britischen Einkäufe in den Vereinigten Staaten weiter mit den verbliebenen Dollar-Guthaben Großbritanniens finanziert werden.

